

Hüttenstadt und Guben protestieren weiter

SPD bekannte sich gemeinsam zum Großkreis

Eisenhüttenstadt/Beeskow (MOZ)

Ein Brief, unterzeichnet von den Initiatoren der Unterschriftensammlung für den Großkreis Guben/Eisenhüttenstadt, liegt bei Landtagspräsident Heinz Knoblich inzwischen auf dem Tisch. Mit dem neuerlichen Schreiben wollen Landräte, Bürgermeister, Bürgerinitiativen, Geschäftsleute, Abgeordnete der Kreistage von Eisenhüttenstadt, Guben und Fürstenwalde noch einmal eine Anhörung zur Kreisgebietsreform erreichen, die der Landtag gegen den artikulierten mehrheitlichen Bürgerwillen beschieden hatte.

Eisenhüttenstadts Landrätin Dr. Ilona Weser gibt die Hoffnung auf eine Revidierung der Entscheidung noch nicht auf: „Die Verfassung Brandenburgs läßt die Volksinitiative zu, die zu einem Volksbegehren führen und in einen Volksentscheid münden kann.“ Unverständlich sei ihr auch, welche Bewertungsmaßstäbe die Landtagsabgeordneten ihrer Entscheidung zugrunde legten. „Während zum Amt Rüdersdorf der Volkswille das Zünglein an der Waage war, ist genau dieses Kriterium bei uns auf das gröblichste mißachtet worden.“ Sie frage sich, wie das Fernbleiben einiger gewählter

Volksvertreter zu werten sei, wenn die Entscheidung über ein – wie es der Innenminister des Landes formulierte – Jahrhundertwerk zu fällen ist. Zeuge es von Verantwortungsbewußtsein, wenn Abgeordnete keine Meinung dazu haben und sich der Stimme enthalten?

Ganz andere Töne sind indes von der SPD zu hören. Die Kreisvorstände der Partei von Fürstenwalde, Eisenhüttenstadt und Beeskow akzeptieren die vom Landesparlament beschlossene Großkreisvariante. Das erklärte jetzt der Regionalgeschäftsführer Jörg Vogelsänger.

Die SPD wolle mit dieser Entscheidung das wirtschaftlich Beste für die Region und den Menschen hier eine Perspektive geben. Das Ziel der Partei bestehe darin, zur stärksten politischen Kraft im Großkreis zu werden.

Der Beeskower Landrat Dr. Jürgen Schröter erklärte noch einmal, daß man sich in Beeskow schon immer für den Großkreis eingesetzt habe. Nur mit dieser Variante sei gewährleistet, daß keine Entwicklung an dem einwohnerschwachen Landkreis vorbeigeht. Aber auch für das Land habe sich das tragfähigste Konzept durchgesetzt.